Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4119

03. 03. 89

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. März 1989

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Amling (SPD)	30, 31
Andres (SPD)	47, 48
Austermann (CDU/CSU)	8, 9
Becker (Nienberge) (SPD)	21, 22
Brauer (DIE GRÜNEN)	10
Conradi (SPD)	25, 26
Dr. Emmerlich (SPD)	3, 4
Engelsberger (CDU/CSU)	41
Geis (CDU/CSU)	1
Gerster (Worms) (SPD)	32, 33
Gilges (SPD)	34, 35
Großmann (SPD)	19, 20
Hinsken (CDU/CSU)	11, 12
Dr. Hirsch (FDP)	64, 65
Jäger (CDU/CSU)	2, 5
Lowack (CDU/CSU)	62, 63
Dr. Mechtersheimer (DIE GRÜNEN)	36, 68
Menzel (SPD)	54, 55
Niggemeier (SPD)	15, 16
Opel (SPD)	43, 44
Pauli (SPD)	39, 53
Dr. Penner (SPD)	66, 67
Reuter (SPD)	60, 61
Schäfer (Offenburg) (SPD)	51, 52
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	40
Seidenthal (SPD)	6, 7
Sielaff (SPD)	42
Dr. Soell (SPD)	58, 59
Dr. Sperling (SPD)	56, 57
Stahl (Kempen) (SPD)	13, 14
Frau Steinhauer (SPD)	45, 46
Stiegler (SPD)	29, 49
Frau Terborg (SPD)	23, 24
Urbaniak (SPD)	27, 28
Vosen (SPD)	17, 18
Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	50
Frau Würfel (FDP)	37, 38

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Geis** (CDU/CSU)

Ist der Bundesminister der Justiz bereit, seine in der Presseerklärung vom 20. Februar 1989 geäußerte Kritik an dem Beschluß der Bayerischen Staatsregierung, die Verfassungsmäßigkeit der Abtreibungsfinanzierung durch die gesetzlichen Krankenkassen vor unserem höchsten Gericht klären zu lassen, zu korrigieren, wenn er bedenkt, daß ein großer Teil namhafter Verfassungsjuristen in der Bundesrepublik Deutschland die Auffassung vertritt, die Abtreibungsfinanzierung sei verfassungsrechtlich höchst bedenklich und deshalb eine Frage, die vor dem Verfassungsgericht der Klärung bedürfe?

2. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Wann ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfs für das geplante Embryonen-Schutz-Gesetz durch die Bundesregierung zu rechnen, und wird dies so rechtzeitig geschehen, daß der Entwurf im Deutschen Bundestag beraten und verabschiedet werden kann, ehe die Legislaturperiode zu Ende ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um zu verhindern, daß die Firma Imhausen Akten und andere Beweismittel beiseite schaffen konnte?

4. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Wohin sind die Akten der Firma Imhausen verbracht worden, und welche Versuche hat die Bundesregierung unternommen, um die verschwundenen Akten wiederzubeschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

5. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Wie lautet der Schießbefehl an die DDR-Grenztruppen, und in welchem amtlichen Dokument der DDR ist er enthalten?

6. Abgeordneter **Seidenthal** (SPD)

Welche Zuschüsse der Bundesregierung sind insgesamt für die Errichtung der Bundesakademie für kulturelle Bildung in Wolfenbüttel vorgesehen, wie stellt sich die Verteilung der Mittel auf die nächsten Jahre dar?

7. Abgeordneter **Seidenthal** (SPD)

Mit welchen Beträgen beteiligte sich die Niedersächsische Landesregierung 1987/88 mit Landeshaushaltsmitteln an den von der Bundesregierung geförderten sozialen/kulturellen Maßnahmen im niedersächsischen Zonenrandgebiet, und wie verteilen sich Landes- und Bundesmittel auf die einzelnen gemäß §§ 6 und 7 Zonenrandförderungsgesetz und Bundesrichtlinien festgelegten Maßnahmegruppen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

8. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Welchen Anteil und welche Tendenz hat nach Informationen der Bundesregierung der Handel mit den Ostsee-Anrainern und den skandinavischen Ländern über schleswig-holsteinische Häfen und insgesamt?

9. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Wie hoch ist im Vergleich dazu der Anteil des Im- und Exports mit den Ländern Sowjetunion und China?

10. Abgeordneter **Brauer** (DIE GRÜNEN)

In Anbetracht der Tatsache, daß bei einer eindeutigen Verletzung der EG-Verordnung 3626/82 und damit des Gemeinschaftsrechtes eine schriftliche Entbindung von der Anerkennungspflicht nach Artikel 9 durch die EG-Kommission erfolgen kann, wie lautet dann das Schreiben der EG-Kommission an die Bundesregierung, und wann lag es vor, in dem es darum ging, die Gültigkeit und Bindungswirkung der vorliegenden französischen Einfuhrgenehmigungen für illegal aus Bolivien exportierte Fleckkatzenfelle zu bestätigen, d. h. die CITES-Bescheinigungen 290 bis 293 anzuerkennen und damit für den Handel freizugeben?

11. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie viele kleine und mittlere Geschäfte mit wie vielen Beschäftigten durch die Ansiedlung von Großunternehmen des Lebensmittelhandels, besonders von co op-Märkten, ihr Geschäft aufgeben mußten?

12. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Gibt es Zahlen darüber, wie viele Mitarbeiter auf jeweils 1 Million DM Umsatz, bezogen in Lebensmittel-Unternehmen mit 1 Million, 10 Millionen, 100 Millionen, 500 Millionen, 1 Milliarde, 8,8 Milliarden und 12,45 Milliarden DM in den letzten fünf Jahren beschäftigt sind, und wie viele Ausbildungsplätze bei gleichen Umsatzergebnissen vorgehalten werden bzw. wurden?

13. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Vorstellung und Meinung hat die Bundesregierung zur Verlängerung des Dritten Verstromungsgesetzes über das Jahr 1995 hinaus nach den bisherigen Gesprächen mit der Stromwirtschaft (EVU), dem Bergbau, den Bundesländern und den bisher beim Bundeskanzler, dem Bundesminister für Wirtschaft eingegangenen Briefen und Vorschlägen aus Politik und Wirtschaft, und ist es richtig, daß die Bundesregierung von einer wesentlichen Reduzierung der Kohleverstromungsmengen ausgeht?

14. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Wenn die Bundesregierung eine Reduzierung vorsieht, wie groß wird diese Menge sein und in welchem Zeitraum soll sie erfolgen?

15. Abgeordneter **Niggemeier** (SPD)

Aus welchen Gründen kann die Bundesregierung den sich selbst gesetzten Zeitplan, bis zum 31. März 1989 ein abgeschlossenes Konzept auf der Grundlage der Punkte des Koalitionsbeschlusses vom 6. Dezember 1988 zum Erhalt und zur Fortentwicklung der Steinkohleverstromung bis 1991 und über 1995 hinaus vorzulegen, nicht einhalten?

16. Abgeordneter **Niggemeier** (SPD)

Wie ist die Aussage des Bundesministers für Wirtschaft zu verstehen, Bezug nehmend auf den in der Presse zitierten Sprechzettel zum Stand der Gespräche mit den EVU von Mitte Februar, dessen Veröffentlichung Unruhe im Revier hervorief, wonach das Angebot der EVU die politischen Erwartungen nicht erfülle, bezogen auf Finanzleistungsangebote sowie Mengenabnahmen unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen Langfristenregelung für den Bergbau?

17. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die derzeitige Unsicherheit über den Standpunkt der künftigen Energiepolitik den Kohlebergbau, der auf Grund geologischer Verhältnisse langfristige Planungs- und Rahmenbedingungen in den Gruben benötigt, durch ihr Nichthandeln, trotz freundlicher Aussagen, in arge Bedrängnis bringt, und wann ist damit zu rechnen, daß der Schwebezustand aufhört?

18. Abgeordneter **Vosen** (SPD)

Welche Eckwerte bzw. Vorgaben bezüglich der künftigen Kohle- und Energiepolitik bis zum Jahr 2010 hat der Bundesminister für Wirtschaft als Grundaussage für die Erarbeitung des Gutachtens an Prognos und Fraunhofer-Gesellschaft, das im September 1989 vorliegen soll und das im bekannten Sprechzettel des Bundesministers für Wirtschaft sowie der Presse die Runde machte, vorgegeben?

19. Abgeordneter **Großmann** (SPD)

Wird die Bundesregierung uneingeschränkt und in welcher Form mit dazu beitragen, daß die Arbeitsplätze bei dem Steinkohlebergwerk Sophia Jacoba und dem Aachener Revier im Rahmen der künftigen Verhandlungen zum Jahrhundertvertrag und Novellierung des Dritten Verstromungsgesetzes dauerhaft gesichert werden?

20. Abgeordneter **Großmann** (SPD)

Wie und in welcher Form wird die Bundesregierung langfristig dafür Sorge tragen, daß die notwendigen finanziellen Mittel für den weiteren Bestand des Steinkohlebergwerkes Sophia Jacoba und den anderen Schachtanlagen mit niederflüchtiger Kohle zur Verstromung zur Verfügung stehen?

21. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wird die Bundesregierung uneingeschränkt mit dazu beitragen, daß die Arbeitsplätze beim Steinkohlebergwerk Ibbenbüren dauerhaft gesichert werden?

22. Abgeordneter **Becker (Nienberge)** (SPD)

Wird die Bundesregierung langfristig dafür Sorge tragen, daß die notwendigen finanziellen Mittel für den weiteren Bestand der Steinkohlebergwerke in Ibbenbüren und der übrigen Bergwerke mit niederflüchtiger Kohle zur Verfügung stehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

23. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Hält die Bundesregierung die vom SPIEGEL vom 27. Februar 1989 gemeldete Diskriminierung von Bewerbern, die einen Antrag auf Anerkennung als Zivildienstleistende gestellt haben, durch den Raumfahrtkonzern MBB für gerechtfertigt, oder sieht sie nicht auch die Möglichkeit, diese Bewerber in ausschließlich zivilen Bereichen des Konzerns zu beschäftigen?

24. Abgeordnete **Frau Terborg** (SPD)

Auf welche arbeitsrechtlichen Vorschriften stützt sich der obengenannte Konzern bei seiner Diskriminierungsentscheidung, und wird die Bundesregierung, sofern diese fehlen, auf das Unternehmen einwirken?

25. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Praxis der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), in ihrem zivilen Bereich keine anerkannten Wehrdienstverweigerer bzw. Zivildienstleistende einzustellen?

26. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Subventionen für die Firma MBB einzustellen bis gewährleistet ist, daß MBB das Grundrecht des Artikels 3 Abs. 3 GG einhält, „niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seinen Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden"?

27. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Trifft die Meldung der Tagesthemen vom 1. März 1989 zu, wonach Zahnärzte seit Inkrafttreten des Gesundheits-Reformgesetzes in ihrer Praxis Reklame für Kredite bei Geldinstituten machen, um so den Patienten die Finanzierung von Zahnersatz zu ermöglichen?

28. Abgeordneter **Urbaniak** (SPD)

Hält die Bundesregierung diese Praxis für rechtens, weil dadurch als Nebeneffekt der Gesundheitsreform gleichzeitig Geldinstitute zu neuen Geschäften kommen, oder beabsichtigt sie, das Gesetz so zu ändern, daß eine Kreditaufnahme für Patienten nicht mehr nötig ist?

29. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Welche Mittel sind den nordbayerischen Arbeitsamtsbezirken für die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen inzwischen zugewiesen worden, und wird die Bundesregierung dafür eintreten, daß die Bundesländer den freien Trägern der karitativen Spitzenverbände dabei helfen, den gesetzlich festgelegten höheren Eigenanteil zu finanzieren?

30. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Warum streitet das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung die Existenz eines im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung an über 30 Referate gerichteten Vermerks vom 4. November letzten Jahres ab, in dem der Wunsch des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung mitgeteilt wird, zukünftig die unter Bezug auf alle Erwerbstätigen ermittelte Arbeitslosenquote in den Vordergrund zu stellen?

31. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Ist es zutreffend, daß Staatssekretär Ost in seiner Stellungnahme zu den am 3. Februar 1989 veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen erstmals nur diese Arbeitslosenquote erwähnt hat, und wenn ja, wäre es dann nicht auch nach Auffassung der Bundesregierung ein Gebot seriöser Informationspolitik gewesen, zum einen besonders darauf hinzuweisen und zum anderen zu begründen, warum die Bundesregierung diese im Vergleich zu der bisher verwandten Arbeitslosenquote um ca. 1 Prozentpunkt niedrigere Arbeitslosenquote für aussagefähiger hält?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

32. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Hat sich der Tennisspieler Boris Becker, dessen Wehrpflicht wegen seines Wohnsitzes in Monaco derzeit „ruht", mittlerweile freiwillig zum Ableisten des Wehrdienstes in der Bundeswehr gemeldet, wie der damalige Parlamentarische Staatssekretär Peter-Kurt Würzbach in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 1./2. April 1987 annahm („Ich gehe davon aus")?

33. Abgeordneter **Gerster (Worms)** (SPD)

Wenn nein, was wird die Bundesregierung unternehmen, um Boris Becker davon zu überzeugen, sich freiwillig dieser Pflichterfüllung zu stellen („Wir würden es sehr begrüßen . . ")?

34. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Direktors des Central Intelligence Agency (CIA), William H. Webster, anläßlich einer Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats, daß er zu der Frage, ob ein oder mehrere Angehörige der Bundeswehr vor Ort in Libyen in das Projekt Luftbetankung einbezogen waren, nur in der nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses Stellung nehmen könne, die Frage danach jedoch genau „das Ziel treffe"?

35. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Besitzt die Bundesregierung Bezug nehmend auf ihren „Bericht über eine mögliche Beteiligung deutscher Firmen an einer C-Waffen-Produktion in Libyen" (Drucksache 11/3995) neue Erkenntnisse über Hinweise, daß ein Angehöriger oder mehrere Angehörige der Bundeswehr während oder nach ihrer Bundeswehrzeit vor Ort in Libyen in das Projekt Luftbetankung einbezogen waren?

36. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Welche Absichten und welche konkreten Pläne bestehen hinsichtlich einer weitergehenden Integration Frankreichs in das integrierte Luftverteidigungssystem der NATO?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

37. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Nachdem bekannt wurde, daß der Normenausschuß „Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte" des Deutschen Instituts für Normen (DIN) sechs Jahre lang nicht in der Lage war, ein normiertes Abrauchverfahren zu entwickeln, mit dem der Teer- und Nikotingehalt von Feinschnitt-Tabak hätte festgestellt werden können, frage ich die Bundesregierung, hält die Bundesregierung diesen Zeitraum für angemessen, wenn nein, was gedenkt sie zu tun, damit Rauchern diese wichtige Information nicht länger vorenthalten bleibt?

38. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Könnte sich die Bundesregierung vorstellen, den Konflikt zwischen Rauchern und Nichtrauchern dadurch zu entschärfen, daß sie veranlaßt, daß zumindest auf den größeren Flächen der Tabakdosen und Tabakpäckchen weitere Informationen zum Thema Rauchen aufgedruckt sind, die auch Appelle an den Raucher beinhalten könnten, die Nichtraucher mehr zu schützen, beispielsweise so:

- Ehrensache: Raucher nehmen Rücksicht auf Nichtraucher.
- Oder so: Raucher sind tolerant. Sie respektieren die Nichtraucher in ihrer Umgebung. Sie genießen dort, wo ihr Genuß andere nicht beeinträchtigt.
- Oder so: Raucher beachten die Rechte der Nichtraucher?

39. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Haben Bürger aus der DDR bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz, zumal wenn sie keine unterhaltspflichtigen Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland haben, und wenn ja, welche Gründe sind hierfür maßgebend?

40. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß im Jahre 1987 insgesamt 7 776 Zivildienstleistende in Altenpflegeheimen eingesetzt waren und 7 658 Altenpflegerinnen/Altenpfleger arbeitslos gemeldet waren sowie 14 240 Zivildienstleistende in Krankenhäusern eingesetzt waren und 11 687 Krankenschwestern/Krankenpfleger arbeitslos gemeldet waren, und ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zumindest in diesen Bereichen eine Arbeitsmarktneutralität nicht mehr gegeben ist?

41. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Frau Professor Lehr, Kindergärten „im Prinzip schon Zweijährigen" zugänglich zu machen, und wie läßt sich gegebenenfalls dieser Standpunkt vereinbaren mit der Äußerung von Professor Hellbrügge (Weltbild Nr. 3/1989), Kinderarzt und Begründer des Kinderzentrums in München, die Forderung von Frau Bundesministerin Lehr sei „eine Katastrophe", da zweijährige Kinder keine „Gemeinschaftsreife" besäßen, sondern noch auf eine „konstante Hauptbezugsperson, die ausschließlich Zeit für sie" habe, angewiesen seien?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

42. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß Fahrgäste am Wochenende in vielen Bahnhöfen zwar geöffnete Gepäckschalter vorfinden, ihr Gepäck aber dennoch nicht weiterbefördert wird, weil sehr viele Züge mit Gepäckwagen samstags und sonntags kein Gepäck verladen, so daß vielfach die Reisenden von Samstag bis Montagabend auf ihre Koffer warten müssen?
43. Abgeordneter **Opel** (SPD)	Treffen Pressemeldungen (DER SPIEGEL, 20. Februar 1989, Seite 16) zu, wonach amerikanische Jagdflugzeuge vom Typ F-16 vermutlich am Dienstag, dem 7. Februar 1989, gegen 10.00 Uhr, unangemeldet in eine Warteschleife für den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen, die sogenannte Rüdesheim Holding aus dem Tiefflug wegen Wetterverschlechterung von unten einflogen sowie dabei sechs Passagiermaschinen, die in diesem Raum flogen, derart in Gefahr brachten, daß dabei Passagierflugzeuge nur um wenige Meter verfehlt wurden, und was hat die Bundesregierung gegen diesen Verstoß gegen die Flugsicherungsvorschriften unternommen?
44. Abgeordneter **Opel** (SPD)	Trifft es zu, daß (vgl. DER SPIEGEL, 20. Februar 1989, Seite 16) am 14. Februar 1989 mehrere amerikanische Luftfahrzeuge vom Typ A-10 ihren Tiefflug infolge schlechten Wetters bzw. falscher Wettervorhersage abbrechen mußten sowie in der Nähe von Gießen teilweise auf falschen Frequenzen von der deutschen Flugsicherung die Freigabe zum Instrumentenflug verlangten und daß diese Freigabe zu gefährlichen Flugsituationen führte, weil die über dem Sichtfluggebiet verlaufene zivile Luftstraße zu diesem Zeitpunkt regen Luftverkehr aufwies?
45. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Trifft es zu, daß – obwohl der Bahnvorstand auf Drängen des Bundesministeriums für Verkehr 1 250 Ausbildungsplätze für den gewerblich-technischen und 500 für den kaufmännischen Bereich im Rahmen eines Sonderprogrammes der Bundesregierung für das Einstellungsjahr 1989 angeboten hat – jetzt die Bundesregierung beabsichtigt, diese Zahl zu kürzen, und wie beurteilt die Bundesregierung die Befürchtungen, daß damit auch neu geschaffene, qualifizierte Ausbildungsplätze für Mädchen wieder abgebaut würden?
46. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)	Ist der Bundesregierung bewußt, daß mit einer drastischen Reduzierung der Einstellungszahlen im Rahmen eines Sonderprogrammes eine Vielzahl von Ausbildungsstätten der Deutschen Bundesbahn, insbesondere in Flächenregionen, von

der Schließung bedroht würden, und wie sieht dies konkret aus, beispielsweise für die Ausbildungsstellen Güterabfertigung Kreuztal und Betriebswerk Siegen?

47. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Trifft es zu, daß im Bereich der Bundesbahndirektion Hannover im Ausbildungsjahr 1989/90 über 400 qualifizierte Ausbildungsplätze nicht mehr besetzt werden sollen, und bestehen solche Absichten auch in anderen Bundesbahndirektionen?

48. Abgeordneter **Andres** (SPD)

Welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung dafür, die qualitativ guten Ausbildungskapazitäten der Deutschen Bundesbahn auch über deren Eigenbedarf hinaus zu nutzen?

49. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Lärmsituation an der Bundesautobahn A 93, insbesondere in Höhe der Orte Luhe im Landkreis Neustadt und Rothenstadt/Ullersricht (Weiden), und was wird unternommen werden, um durch aktive und passive Schallschutzmaßnahmen die Lärmsituation entscheidend zu verbessern?

50. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, daß für den Streckenabschnitt Garmisch-Partenkirchen — Farchant-Nord der A 95 das Linienbestimmungsverfahren nach § 16 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes eingeleitet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

51. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Seit wann sind der Bundesregierung die von der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet aufgedeckten Einleitungen chemischer Substanzen in den Rhein bekannt, wonach die Firmen Ciba-Geigy im Oktober/November 1988 und Sandoz im Januar 1989 1,6 Tonnen Metolachlor bzw. 1,4 Tonnen Norflurazon in den Rhein eingeleitet haben, ohne die Behörden und die Wasserwerke darüber zu unterrichten, und wie beurteilt sie diesen Sachverhalt?

52. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Welche Schäden sind durch diese Einleitungen entstanden, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Wasserwerke durch frühzeitige, verwertbare Informationen in die Lage zu versetzen, zur Sicherung der Trinkwasserqualität rechtzeitig nach solchen Einleitungen die notwendigen Messungen durchzuführen?

53. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mein Schreiben vom 17. Oktober 1988 zum geplanten Bau eines Truck-Stops an der A 61 im Bereich der Ortsgemeinde Wiebelsheim bisher trotz mehrmaliger Aufforderungen nicht beantwortet hat, und ist hieraus möglicherweise zu schließen, daß der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit keinen Standpunkt zur Umweltverträglichkeit von Lastkraftwagen-Rasthöfen (Truck-Stops) an Bundesautobahnen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebieten hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

54. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Wann wurden die Einkommensgrenzen des § 25 Zweites Wohnungsbaugesetz das letzte Mal an die Einkommensentwicklung angepaßt?

55. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Um wieviel Prozent sind die Einkommen seitdem gestiegen, und wie hoch müßten die Einkommen sein, wenn sie der Einkommensentwicklung angepaßt wären?

56. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Dr. Schneider (General-Anzeiger vom 22. Februar 1989), daß Wohnungsbauförderungsmaßnahmen der Regierung den Baumarkt überhitzen könnten?

57. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die derzeitige, nach Meinung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zu geringe Kapazität der Bauwirtschaft durch einen jahrelangen Schrumpfungsprozeß entstanden ist, den die Bau- und Steuerpolitik der Bundesregierung wesentlich mitverursacht hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

58. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob im Bhaba Atomic Research Center auch am indischen Atomwaffenprogramm gearbeitet wird?

59. Abgeordneter **Dr. Soell** (SPD)

Haben diese Erkenntnisse bei der Genehmigung von Berryllium-Exporten nach Indien im Jahr 1984 irgendeine Rolle gespielt?

60. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Sind der Bundesregierung jemals Besorgnisse befreundeter Regierungen über die Verwendung von Berryllium in Atomwaffenprogrammen bekanntgeworden?

61. Abgeordneter **Reuter** (SPD)

Haben diese Besorgnisse zu Konsequenzen bei der Genehmigung von Reinst-Berryllium-Exporten geführt?

62. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Treffen Mitteilungen zu, wonach die SWAPO für angeblich ca. 69 000 namibische Flüchtlinge Gelder von den Vereinten Nationen erhalten hat, während beispielsweise die MPLA-Regierung in Luanda nur von ca. 16 000 namibischen Flüchtlingen spricht, und trifft es zu, daß eine UNO-Untersuchungskommission, die sich über die genaue Zahl der Namibier in SWAPO-Lagern kümmern sollte, daran gehindert wurde, entsprechende Lager aufzusuchen?

63. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Trifft zu, daß das UNO-Hochkommissariat im letzten Jahr für die namibischen „Flüchtlinge" 2,3 Millionen Pfund Sterling bezahlt hat und für dieses Jahr sogar 3 Millionen Pfund bezahlen will, unabhängig von weiteren Unterstützungen, beispielsweise durch die Europäische Gemeinschaft mit Nahrungsmittelhilfe von ca. 700 000 Pfund Sterling und durch die schwedische Regierung, die seit 1970 ca. 45 Millionen Pfund Sterling gezahlt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

64. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, wonach der Deutsche Fußballbund (DFB) empfohlen hat, daß ab 1990 entgegen der bisherigen Übung an den Spielen der Jugendauswahlmannschaften (A-, B- und C-Jugend) der 16 Landesverbände um den Länderpokal nur noch Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit teilnehmen sollen?

65. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Hat zumindest der unbestritten erhebliche Beitrag des Sports zur Integration ausländischer Mitbürger die Bundesregierung veranlaßt, den DFB zu bitten, seine Empfehlung zu überprüfen, und welches Ergebnis ist gegebenenfalls erreicht worden?

66. Abgeordneter **Dr. Penner** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beschluß des Jugendausschusses des Deutschen Fußballbundes (DFB), „Ausländern künftig die Mitwirkung in Jugendauswahlmannschaften der 16 Landesverbände, bei überregionalen Sichtungsmaßnahmen und bei Sichtungsturnieren gänzlich zu versagen", und ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit dem DFB auf einer Aufhebung dieser Maßnahme zu bestehen?

67. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Deutsche Fußballbund (DFB) im Falle der Beibehaltung dieses ausländerfeindlichen Verfahrens nicht mehr als gemeinnützig und jugendförderungswürdig anzusehen ist?

68. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)

Lag dem Szenario der WINTEX-CIMEX-Übung die Annahme zugrunde, daß der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow das Opfer einer stalinistischen Konterrevolution geworden sei?

Bonn, den 3. März 1989

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333